

An die Bürgervorsteherin

**Matthias Scheffler**

25421 Pinneberg  
Berliner Str. 67  
Telefon: 04101/37 55 831  
Telefax: 04101/37 55 832  
E-Mail:  
scheffler@fdp-pinneberg.de  
Internet: <http://www.fdp-pi.de>

10.12.2009

**Betreff : Ratsversammlung am 17.12.2009**

Hier: Antrag zum Tagesordnungspunkt Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan der Stadt Pinneberg für das Haushaltsjahr 2010

Sehr geehrte Frau Bürgervorsteherin

Namens der FDP-Fraktion stelle ich folgenden Antrag:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

1. Die derzeitige Regelung zum kostenlosen Mittagstisch wird überarbeitet.
2. Es wird zum langjährig erprobten Verfahren, zu Versorgung bedürftiger Kinder zurückgekehrt.
3. Statt der vorgesehenen 135.000 € werden die in der durchaus Vergangenheit auskömmlichen Mittel von 36.000 € in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Schon zum Haushalt 2009 hat eine Mehrheit in der Ratsversammlung beschlossen dauerhaft jährlich einen Zuschuss zum Mittagessen in Kindertageseinrichtungen in Höhe von 135.000 € zu gewähren. Dieser Ansatz findet sich somit auch im Haushaltsentwurf 2010 auf Seite 253 wieder. (S. Erläuterungen: 120.000 € Kindergärten, 15.000 € städt. Kindergarten.) Dadurch wurde ein langjährig erprobtes Verfahren abgelöst, bei dem die Leiterinnen der Kindergärten bei festgestellter Bedürftigkeit dies der Stadt gemeldet haben und einen Zuschuss bekamen. Dies war ein sehr zielgerichtetes, wirkungsvolles und erforderlichen Falls auch diskretes Verfahren, bei dem 36.000 € p.a. auskömmlich waren. Letzteres wurde inzwischen auch durch die mehrfach gemachten Anmerkungen des Landesrechnungshofes bestätigt, die sich auf die tatsächliche Wirkung des kostenlosen Mittagstisches bei einem Rechtsanspruch auf vier Stunden Betreuung für Kinder von

Hilfeempfängern beziehen. (S. beispw. LRH-SH „Querschnittsprüfung Finanzierung von Kindertageseinrichtungen“ v. 15.07.2009, S. 55 ff.)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltlage ist es dringend geboten zu dem alten Verfahren zurück zu kehren. Dies insbesondere deshalb, da dieses bewährte Verfahren bereits die Versorgung benachteiligter Kinder sichergestellt hat, sich jedoch das jetzige Verfahren als nicht zielgerichtet erweist.

Zu Bedenken ist vor allem folgendes:

Die 135.000 € sollen jährlich zur Verfügung gestellt werden. Da Stadt schon ab 2009 dies als zusätzliche Ausgabe ausschließlich über Kredite finanziert hat, ergibt sich folgendes Bild:

135.000 € werden zu Kommunalkreditkonditionen von 4% finanziert. Das ergibt 5.400 € Zinsen, also 140.400€ am Ende des Jahres. Im zweiten Jahr werden wiederum 135.000€ zur Verfügung gestellt, Zinsen werden dann aber für 275.400 € (=140.400+135.00) fällig, das sind 11.016 €. Daraus folgt als Schuldenstand am Ende des zweiten Jahres 286.416 €.

Wird dieses Projekt nur 10 Jahre fortgeführt und eine Schuldentilgung der Stadt ist nicht in Sicht, ergibt sich im Jahre 2019/2020 eine zusätzliche Schuldenlast für die Stadt von 1,69 Mio. €!

Dies dürfen dann die jetzigen Kinder und die folgenden versuchen abzubezahlen. Das ist nicht verantwortbar.

Matthias Scheffler  
Fraktionsvorsitzender